

Inflation – verständlich erklärt

Texte von ehrenamtlich Aktiven im Research-Team zu Inflation von FiscalFuture

Inhaltsverzeichnis

Grundsätzliches.....	2
Was ist Inflation?	2
Wie wird Inflation gemessen?	2
Wie entsteht Inflation?	3
Die Europäische Zentralbank	6
Was ist die Europäische Zentralbank?	6
Was sind die Aufgaben der Europäischen Zentralbank?	6
Wie beeinflusst die Europäische Zentralbank die Inflation?.....	7
Konventionelle Instrumente der EZB.....	7
Unkonventionelle Geldpolitik der EZB	8
Wie Geldpolitik die Vermögensverteilung beeinflusst	9
Die Rolle der Regierung.....	11
Die Regierung und die Inflation.....	11
Staatliches Handeln in Zeiten hoher Inflation	11
Das Zusammenspiel von Regierung und Zentralbank in Zeiten niedriger Inflation	12
CO2-Steuer, Mindestlohn und die Inflation.....	13
Die aktuelle Inflation	16
Wie beeinflusst der Angriffskrieg auf die Ukraine die Inflation in Deutschland?	16
Wie profitieren manche Unternehmen von der derzeitigen Inflation?	16
Besteht das Risiko einer Lohn-Preis-Spirale?.....	17
Reaktionen von Zentralbanken auf die aktuelle Inflation.....	17
Europäische Zentralbank.....	17
Federal Reserve (USA).....	18
Rückblick: Auswirkungen der Corona-Pandemie	18
Ungleichheit & Inflation.....	22
Effekte von Inflation auf die Verteilung von Vermögen	22
Effekte von Inflation auf die Verteilung von Einkommen.....	22
Ungleiche Inflation – Niedrige Einkommen werden härter getroffen.....	23

Grundsätzliches

Was ist Inflation?

Die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) definiert Inflation als „anhaltenden Prozess der Geldentwertung, der sich durch allgemeine Preiserhöhungen bemerkbar macht“. Wichtig dabei ist, dass nicht nur die Preise von wenigen Gütern, sondern die Preise von (fast) allen Gütern steigen müssen. So wäre z.B. ein extremer Preisanstieg im Automobilssektor noch nicht als Inflation zu verstehen.

Dieser Unterschied ist entscheidend dafür, wie Entscheidungsträger:innen und Konsument:innen auf Preisanstiege reagieren. Preisanstiegen in einzelnen Sektoren kann durch einen geringeren Konsum des Gutes und höheren Konsum eines anderen Gutes (Substitution) oder durch eine Ausweitung des Angebots begegnet werden. Inflation, also flächendeckende Preisanstiege, ist nicht durch das Ausweichen auf andere Güter beantwortbar, sondern hat zur Folge, dass Menschen sich allgemein weniger von ihrem Geld kaufen können. Die Kaufkraft ihres Einkommens sinkt.

Wie wird Inflation gemessen?

Inflation kann auf verschiedene Weisen gemessen werden, abhängig davon, welche Arten von Gütern betrachtet werden sollen. Die bekannteste Variante, der Verbraucherpreisindex (VPI), zielt darauf ab, Preissteigerungen für Konsument:innen abzubilden. Das heißt, es werden ausschließlich Preise für den alltäglichen Konsum von Privatmenschen betrachtet, nicht die Kosten der Industrie oder anderer Unternehmen.

Die Messung der offiziellen Inflationszahlen wird für Deutschland vom Statistischen Bundesamt und für Europa von Eurostat vorgenommen. Für die Berechnung wird zunächst ein Warenkorb erstellt, der den Konsum eines durchschnittlichen Haushaltes abbilden soll. Der zusammengestellte Warenkorb spiegelt nicht wider, wie einzelne Haushalte ihr Einkommen verwenden, sondern beschreibt den durchschnittlichen Konsum über die gesamte Bevölkerung. Hierfür werden Befragungen von Haushalten und andere Konsumstatistiken genutzt, um möglichst genau die Konsumstruktur eines durchschnittlichen Haushaltes zu berechnen. Je größer der Anteil des Einkommens, der für ein bestimmtes Gut durchschnittlich ausgegeben wird, desto größer ist das Gewicht des Gutes im statistischen Warenkorb. Für 2020 hat der Warenkorb beispielsweise 9,7% des Gesamtkonsums für Nahrungsmittel oder 32,5% für Wohnung, Wasser, Gas und Brennstoffe vorgesehen.

Für jedes Land in Europa wird ein eigener Warenkorb berechnet. Nachdem dieser Warenkorb bestimmt wurde, werden die Preise der Waren erhoben und über die Zeit miteinander verglichen. In der Regel wird der Vergleich zum Vorjahresmonat (z.B. zwischen Januar 2022 und Januar 2021) gezogen, jedoch kann auch ein Vergleich zum Vormonat genutzt werden. Die Aussagekraft dieser Vergleiche hängt auch von der Art der Preisanstiege ab. Steigen die Preise einmalig an und bleiben in der Folge auf dem gleichen Niveau, wird der Vergleich zum Vorjahresmonat eine erhöhte Inflationsrate anzeigen, obwohl der Preis nicht weiter gestiegen ist.

Der Verbraucherpreisindex weist aber auch Schwächen auf. So repräsentiert der durchschnittliche Haushalt nicht jeden individuellen Haushalt. Unterschiedliche Haushalte können sich mit sehr unterschiedlichen tatsächlichen Inflationsraten konfrontiert sehen. Zum Beispiel sind einkommensschwache Haushalte in der Regel stärker durch

Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs, wie Lebensmitteln oder Mieten, betroffen (siehe auch *Wie Geldpolitik die Vermögensverteilung beeinflusst*). Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass der Warenkorb des VPI nur alle 5 Jahre angepasst wird und damit in späteren Jahren den Konsum des durchschnittlichen Haushalts nicht mehr ausreichend repräsentiert. Damit ist fraglich, ob Inflationsraten aus verschiedenen Jahren Preisänderungen akkurat widerspiegeln (Hoffmann, 1998). Unter anderem aus diesem Grund gibt es neben dem VPI auch den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) mit jährlich aktualisiertem Warenkorb. Zudem wird der HVPI europaweit einheitlich erhoben und eignet sich daher für einen Vergleich zwischen Ländern. Ein weiteres wichtiges Maß der Inflationsmessung ist die so genannte Kerninflation, welche die Preise von Energie und Nahrungsmitteln ausklammert (Roger, 1998).

Qualitätsveränderungen schränken die Genauigkeit des HVPI ein: Wenn sich die Qualität von Produkten verbessert, erhöht sich oft auch der Preis. Welcher Anteil der Preiserhöhung auf Qualitätsverbesserungen zurückzuführen ist, kann in der Regel nicht bestimmt werden. Ein Beispiel ist ein Smartphone, das sich über die Zeit in der Qualität stark verbessert hat. Innerhalb des Warenkorbs wird jedoch das Smartphone des Basisjahres mit dem des Beobachtungsjahres verglichen, obwohl es andere Eigenschaften aufweist. Eine Unterscheidung zwischen echter Preisveränderung (z.B. durch höhere Produktionskosten) und Preisveränderungen aufgrund von neuen Eigenschaften ist kaum möglich (Hoffmann, 1998).

Zuletzt wird kritisiert, dass Vermögenswerte, z.B. Aktien, nicht in die Berechnung des Verbraucherpreisindex einbezogen werden (Alchian & Klein, 1973; Bryan et al., 2001). Im Zuge expansiver Geldpolitik sind die Preise von Aktien und Immobilien stark gestiegen, ohne in der Inflationsrate abgebildet zu werden. Insbesondere eine Preissteigerung im Bereich Immobilien kann die Kaufkraft des durchschnittlichen Haushaltes verringern. Hierbei sollte jedoch bedacht werden, dass der VPI, der HVPI oder die Kerninflation nicht die einzigen Maßstäbe für die Bewertung der Inflation und der politischen Maßnahmen darstellen. Ziel aller drei Indizes ist die Messung des direkten Einflusses von Preissteigerungen auf die Kaufkraft. Der Einfluss von Mietsteigerungen wird einbezogen, da dieser einen direkten Effekt auf die Kaufkraft hat. Steigen hingegen die Immobilienpreise, hat dies keinen direkten Effekt auf die Kaufkraft, da der Kauf einer Immobilie kein alltäglicher Konsum ist (Hagenkort-Rieger & Sewald, 2021). Hier würde nur indirekt die Kaufkraft beeinträchtigt werden, z.B. sobald die gestiegenen Preise von den Immobilieneigentümern an die Mieter weitergegeben werden. Dementsprechend werden Preissteigerungen, die nur indirekte Effekte auf die Kaufkraft haben, bei der Berechnung der Verbraucherpreisindizes nicht berücksichtigt.

Wie entsteht Inflation?

Grundsätzlich entsteht Inflation, wenn Unternehmen in einer Volkswirtschaft ihre Preise anheben. Dies können bzw. müssen die Unternehmen, weil die Nachfrage nach ihren Gütern oder die Produktionskosten gestiegen sind oder weil sie mit höherer Inflation rechnen. Wenn diese Mechanismen in einer Volkswirtschaft breitflächig auftreten, entsteht Inflation. Im Folgenden werden wir die zugrundeliegenden Ursachen für diese Mechanismen genau erläutern.

Angebotsseitig wirken vor allem Produktionskosten inflationstreibend. Steigen etwa in einer Bäckerei die Kosten für Gas, wird die Bäckerei ihre Brötchen zu einem höheren Preis anbieten müssen. Neben Materialkosten wirken sich auch Löhne auf die Preise aus, da sie für viele Unternehmen einen großen Kostenpunkt darstellen. Zudem sind Probleme bei der Lieferung von Waren oft Ursache für Preissteigerungen. Steigen z.B. die Frachtkosten oder kommt es zu Engpässen bei Rohstoffen, werden diese Kosten

üblicherweise über höhere Preise an die Konsument:innen weitergegeben. Darüber hinaus können auch Marktstrukturen Inflation erzeugen. Das Merit-Order-System im Strommarkt kann dazu führen, dass der Strompreis ausschließlich aufgrund der Kosten der Gaskraftwerke steigt, obwohl die Kosten für alle anderen Kraftwerke gleich bleiben. Der Preisanstieg von Gas sorgt aufgrund des Marktdesigns dafür, dass der gesamte Strompreis steigt. Ein weiteres Beispiel für inflationssteigernde Marktstrukturen sind Macht-Konzentrationen von Unternehmen. Diese Unternehmen können ihre Macht nutzen und besonders in Zeiten von großen Unsicherheiten Preise anheben, um ihre Profite zu steigern.

Neben diesen allgemeinen Mechanismen wird in der wissenschaftlichen Debatte auch ein großer Trend diskutiert: Fossilflation bzw. fossile Inflation (Schnabel, 2022). Der Fakt, dass die heutigen Volkswirtschaften stark von fossilen Energieträgern abhängig sind, hat zur Folge, dass in der immer stärker werdenden Klimakrise inflationäre Tendenzen entstehen, da Rohstoffe endlich sind und Naturkatastrophen Produktionsinfrastrukturen zerstören. Die langfristig steigenden Kosten treiben die Inflation weiter an. Auf der Nachfrageseite beeinflussen vor allem Arbeitnehmer:innen, der Staat und die Zentralbank die Inflation. Erfahren Arbeitnehmer:innen reale Kaufkraftgewinne durch höhere Löhne oder Transferzahlungen, führt dies in der Regel dazu, dass sich ihre Nachfrage erhöht. Oft kann das Angebot an Produkten kurzfristig aber nicht im gleichen Maß erhöht werden, was dazu führt, dass Unternehmen stattdessen die Preise erhöhen. Auch der Staat kann insbesondere durch erhöhte Staatsausgaben zur Inflation beitragen. Dabei muss die jeweilige Auslastung in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft berücksichtigt werden. Schöpft ein Wirtschaftssektor nicht ganz sein volles Produktionspotenzial aus, können Unternehmen auf höhere Staatsausgaben mit einer Ausweitung des Angebots reagieren. Dementsprechend führt eine Erhöhung der Staatsausgaben in diesem Sektor nicht zwangsläufig zu einer höheren Inflationsrate. Wichtig ist also, wo und ob die erhöhten Löhne und Transferzahlungen, bzw. höhere Staatsausgaben, nachfragewirksam werden und ob der entsprechende Sektor kurzfristig zusätzliche Produktionskapazitäten hat.

Auch die Geldpolitik der Zentralbanken beeinflusst die Inflationsrate. So können Zinssenkungen, Ankaufprogramme von Staats- oder Unternehmensanleihen oder die Kommunikation von langfristig niedrigen Zinsen inflationäre Tendenzen haben, da sie die Refinanzierungskosten von Unternehmen und Haushalten senken. Wenn die Kreditkosten für Investitionen oder für Konsum sinken, kann zunächst die Nachfrage der Haushalte bzw. Unternehmen steigen und durch einen möglicherweise eintretenden Nachfrageüberhang kann die Inflationsrate ansteigen. Die Möglichkeiten der Geldpolitik zur Stimulierung der Nachfrageseite sind nach der Finanzkrise 2007/08 und insbesondere im Zuge der Eurokrise nach 2011 stark ausgeschöpft worden. Trotz expansiver Geldpolitik, also sinkenden Zinsen und Ankaufprogrammen von Staats-/Unternehmensanleihen, ist die Inflationsrate im Euroraum im Zeitraum 2012-2020 zumeist unterhalb des 2% Ziels der EZB geblieben (siehe auch **Was sind die Aufgaben der Europäischen Zentralbank?**).

Auch Inflationserwartungen beeinflussen die Inflation. Erwarten Unternehmen höhere Inflation in der näheren Zukunft, werden sie geneigt sein, ihre Preise eher anzuheben, um ihre Gewinne zu stabilisieren. Gleichzeitig werden Arbeitnehmer:innen und Gewerkschaften höhere Löhne fordern, wenn sie höhere Inflation und dadurch Kaufkraftverluste erwarten. Zentralbanken sehen Inflationserwartungen, die vom gegenwärtigen Inflationsziel abweichen, als gefährlich an, da sie die Glaubwürdigkeit der Zentralbanken unterminieren und das Kaufverhalten beeinflussen können (Reis, 2021).

Literaturverzeichnis

Alchian, A. A., & Klein, B. (1973). *On a correct measure of Inflation*. Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 5(No. 1 Part 1), 173–191.

Bryan, M. F., Cecchetti, S. G., & O`Sullivan, R. (2001). *Asset Prices in the measurement of Inflation*. De Economist, No 149, 405–431.

Hagenkort-Rieger, S., & Sewald, N. (2021). *Theoretische und praktische Ansätze der Inflationsmessung in Zeiten der Corona-Pandemie*. WISTA - Wirtschaft und Statistik, Vol 73(Iss 1), 19–33.

Hoffmann, J. (1998). *Problems of Inflation Measurement in Germany*. Deutsche Bundesbank, Discussion paper 1/98.

Reis, R. (2021). *Losing the Inflation Anchor*. Centre for Economic Policy Research, Discussion Paper No DP16664.

Roger, S. (1998). *Core Inflation: Concepts, Uses and Measurement*. Reserve Bank of New Zealand, Discussion Paper No G98/9.

Schnabel, I. (2022). *A new age of energy inflation: Climateflation, fossilflation and greenflation* [Speech]. ECB and its Watchers XXII Conference, Frankfurt am Main. https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2022/html/ecb.sp220317_2~dbb3582f0a.en.html

Die Europäische Zentralbank

Was ist die Europäische Zentralbank?

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist die Zentralbank des Euroraums und betreibt gemeinsam mit den anderen 19 Nationalen Zentralbanken (NZB) Geldpolitik für den Euro-Raum.

Das Eurosystem (EZB + NZBs) wurde am 1. Juni 1998 durch den Vertrag zur Europäischen Union ins Leben gerufen. Sowohl die Zentralbank als auch die Nationalbanken sind Bestandteil der Wirtschafts- und Währungsunion und ein Organ der EU. Trotzdem ist keine der Institutionen weisungsgebunden, sie handelt unabhängig von jeglicher politischer Kontrolle. Um dies zu garantieren, wird das Direktorium und die Präsident:in für acht Jahre gewählt. Zudem können diese Verantwortlichen nicht wiedergewählt oder entlassen werden. Darüber hinaus hat die EZB einen eigenen Haushalt, getrennte Finanzvereinbarungen von der EU und besitzt eine eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des Völkerrechts.

Das oberste Entscheidungsgremium der EZB ist der EZB-Rat. Dieser setzt sich neben den sechs Mitgliedern des Direktoriums der EZB aus allen Notenbankchefinnen und Notenbankchefs der 19 Eurozonenländer zusammen. Aktuell besteht das EZB-Direktorium aus EZB-Präsidentin Christine Lagarde, EZB-Vizepräsident Luis de Guindos, sowie vier weiteren Mitgliedern. Im Sitz der EZB in Frankfurt am Main tagt der EZB-Rat zweimal im Monat und erlässt Leitlinien und Beschlüsse, um die Handlungsfähigkeit der EZB zu gewährleisten.

Was sind die Aufgaben der Europäischen Zentralbank?

Die EZB wurde mit einem Primärmandat und einem Sekundärmandat gegründet. Das Hauptziel (Primärmandat) der EZB, besteht in der Gewährleistung von Preisstabilität. Dieses abstrakte Ziel hat die EZB für sich so definiert, dass sie mittelfristig auf eine jährliche Inflationsrate von 2% hinarbeitet.

Als Nebenziel ("Sekundärmandat") soll die EZB die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum unterstützen. Insofern soll sich die EZB erst dann um wirtschaftspolitisch definierte Ziele der anderen Institutionen (Parlament, Kommission, Rat) wie Vollbeschäftigung oder Wirtschaftswachstum kümmern, wenn die Preisstabilität gewährleistet ist.

Zusätzlich zu Primär- und Sekundärmandat kommt der EZB die Aufgabe der Bankenaufsicht über die "systemrelevanten" Finanzinstitute der Eurozone hinzu. Außerdem wirkt sie im EU-Systemrisiko-Rat an der Finanzstabilität des europäischen Finanzmarkts mit. Weitere Aufgaben sind die Durchführung von Devisengeschäften, die Verwaltung der offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten, die Sicherstellung funktionierender Zahlungssysteme und die Ausgaben von Euro-Banknoten. Die EZB verfügt über das gesetzliche Monopol auf die Emission des Euros, das sogenannte "Währungsmonopol".

Wie beeinflusst die Europäische Zentralbank die Inflation?

Um ihr Ziel der Preisstabilität zu erreichen, steht der EZB ein breiter Instrumentenkasten zur Verfügung. Im Kern versucht die EZB mit diesem die Konjunktur so zu steuern, dass diese weder unterkühlt noch überhitzt und somit kein Druck auf das Preisniveau entsteht (EZB, 2014). Dabei nimmt die EZB nur direkten Einfluss auf die Nachfrage. Das Angebot kann sie nur indirekt beeinflussen.

Der Instrumentenkasten der EZB kann hierbei in konventionelle und unkonventionelle Instrumente unterteilt werden, die in den folgenden Abschnitten separat beleuchtet werden. Das zentrale Instrument der konventionellen Geldpolitik ist die Steuerung über Zinsen. Zudem agiert die EZB mittels Offenmarktgeschäften und Mindestreserveanforderungen für Geschäftsbanken. Im Rahmen der Finanzkrise 2008 stießen diese konventionellen Instrumente jedoch an ihre Grenzen. Trotz der expansiven Geldpolitik blieb die Inflation unter den Zielwerten. Daraufhin entwickelte die EZB neue – unkonventionelle – Instrumente, um das Mandat der Preisstabilität zu gewährleisten.

Konventionelle Instrumente der EZB

Das wichtigste geldpolitische Instrument der EZB ist die Zinspolitik. Geschäftsbanken können sich bei der EZB zu festgelegten Zinsen Geld leihen oder auch Geld anlegen. Erhöht die EZB die Zinssätze, wird es für die Banken teurer, sich kurzfristig über die Zentralbank zu refinanzieren. Diese gestiegenen Kosten werden über höhere Zinsen auf Kredite oder Renditen auf Einlagen an Konsument:innen und Firmen weitergegeben. Damit haben sie einen direkten Einfluss auf Konsum und Investitionsentscheidungen. Bewirkt die EZB eine Reduktion der Nachfrage nach Konsumgütern und Arbeitskräften, senkt dies auch die Preise.

Offenmarktgeschäfte

In Offenmarktgeschäften tritt die EZB über den An- und Verkauf von Wertpapieren mit Geschäftsbanken in Verbindung. Über "Hauptrefinanzierungsgeschäfte" stellt die EZB Banken kurzfristige Kredite von einwöchiger Laufzeit zur Verfügung. Diese Kredite werden zum von der EZB festgelegten "Hauptrefinanzierungssatz" verzinst, der oft als Leit-zins bezeichnet wird.

Ständige Fazilitäten

Über die "Ständigen Fazilitäten" stellt die EZB Kreditinstitutionen über Nacht benötigtes Kapital bereit oder absorbiert überschüssiges Kapital. Zu den "Ständigen Fazilitäten" zählt zum einen die "Spitzenrefinanzierungsfazilität", die den Banken die Möglichkeit gibt, über Nacht zu festem Zinssatz Kredite aufzunehmen. Zum anderen können sich Geschäftsbanken bei der "Einlagefazilität" über Nacht Geld zum "Einlagesatz" anlegen. Beide Fazilitäten stellen jeweils eine Ober- und Untergrenze (Zinskorridor) für den Tagesgeldzinssatz des Interbankenmarktes dar und verhindern somit zu starke Ausschläge der Geldmarktzinssätze.

Mindestreserveanforderungen

Geschäftsbanken und Kreditinstitute müssen rechtlich festgelegte Reserven bei der EZB (2016) oder den nationalen Zentralbanken halten. Damit sollen sie sich gegen unerwartete Schocks wie Bankruns absichern. Neben der Stabilisierung des

Finanzsystems beeinflussen die Reserveanforderungen auch die strukturelle Liquidität. Wenn sich die Zentralbank dazu entschließt diese Reserveanforderungen zu lockern, wird Kapital frei, welches die Kreditinstitute weitergeben können und das Kreditvolumen steigt. Seit 2012 liegt die Mindestreserveanforderung bei 1% und wurde seitdem nicht mehr als geldpolitisches Instrument eingesetzt.

Unkonventionelle Geldpolitik der EZB

Mit der Finanzkrise haben die bis hierhin aufgeführten, "konventionellen" Maßnahmen an Bedeutung verloren. Um die Preise zu stabilisieren und die Wirtschaft anzukurbeln, senkte die EZB den Leitzins konsequent in Richtung der Nullzinsgrenze ("zero-lower bound"). Im Bereich der Nullzinsgrenze verliert der Leitzins jedoch an Bedeutung für die Preisstabilität, da zusätzliche Liquidität für die Geschäftsbanken keinen Einfluss auf deren Kreditvergabe hat.

Um ein solches Szenario zu vermeiden und weiterhin ihr Mandat zu erfüllen, nutzte die EZB (2021) unkonventionelle Instrumente nach 2008.

Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte unterscheiden sich von den konventionellen "Hauptrefinanzierungsgeschäften" durch ihre längere Laufzeit. Die Kredite müssen von den Banken nicht bereits nach einer Woche zurückgezahlt werden, sondern mitunter erst nach vier Jahren. Außerdem sind die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte an Konditionen hinsichtlich der Nutzung der Kredite geknüpft. Die Banken verpflichten sich, Kredite an den nicht-finanziellen Sektor weiterzugeben. Da Zentralbankgeld genutzt wird, um Unternehmen und Haushalten Kredite zu gewähren, wirken sich die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte konjunkturfördernd aus.

Forward Guidance

Durch die sogenannte "Forward Guidance" gibt die Zentralbank der Öffentlichkeit klare Hinweise über ihren zukünftigen geldpolitischen Kurs. Damit kommuniziert die EZB unter anderem ihre Intentionen über den Verlauf der Leitzinsen in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung. Dadurch sollen die Erwartungen von wirtschaftlichen Akteuren gesteuert werden und in Folge auch ihr Marktverhalten. Kommuniziert die EZB, dass sie die Leitzinsen für einen längeren Zeitraum geringhalten will, können Banken davon ausgehen, dass sie sich auch in Zukunft billiges Geld leihen können. Als Konsequenz senken sie Zinsen auf langfristige Kredite und ermöglichen somit einfachere Investitionen für Unternehmen oder auch Immobilienkredite.

Transmission Protection Instrument

Das Transmission Protection Instrument (TPI) wurde von der EZB im Juli 2022 eingeführt. Das Ziel dieses Instruments ist es, die einheitliche Transmission der Geldpolitik zu gewährleisten. Das bedeutet, dass das Zinsniveau zwischen den Ländern des Eurosystems nicht zu stark auseinander divergieren soll. Andernfalls könnte eine Erhöhung des EZB-Leitzinses in verschiedenen Ländern unterschiedlich starke Auswirkungen haben, wodurch die Steuerung der Inflation signifikant erschwert werden würde. Erhöht die EZB die Zinsen, kann es vorkommen, dass überproportionale Aufschläge auf Renditen (Spreads) von Staatsanleihen einzelner Ländern entstehen, da Finanzanleger:innen Kapital von deren Staatsanleihen aufgrund von Risikoeinschätzungen abziehen. Zum einen

verschlechtern sich die Möglichkeiten des jeweiligen Staates, Ausgaben mittels Kredite zu finanzieren. Zum anderen folgt aus der Erhöhung der Staatsanleiherenditen eine Erhöhung des Zinsniveaus im jeweiligen Land. Das TPI soll diesen Verwerfungen entgegenwirken, indem die EZB nun die Möglichkeit hat, unbegrenzt gezielt Staatsanleihen von einzelnen Euro Ländern aufzukaufen und damit die Unterschiede in den Staatsanleiherenditen zu begrenzen.

Wie Geldpolitik die Vermögensverteilung beeinflusst

Die Zinsentwicklung hat einen direkten und indirekten Einfluss auf das Sparverhalten von privaten Haushalten. Eine Veränderung des Leitzinses wirkt sich direkt auf die Sparanreize der Haushalte und deren Nettoeinkommen aus. Die Auswirkung kann unterschiedlich stark sein und hängt vor allem von der Nettoverschuldung der Haushalte ab (Ampudia et al., 2018). So entlasten niedrige Zinsen die Schuldner, da sie günstiger an Geld kommen, und erleichtern die Kreditaufnahme. Das Nettoeinkommen sehr vermöglicher Haushalte wird hingegen durch niedrigere Zinserträge verringert (Gudehus, 2016).

Neben dem direkten Effekt gibt es auch einen indirekten Effekt. Dieser wirkt über die Entwicklung von Preisen und Löhnen. Eine Senkung der Leitzinsen soll zu einer Erhöhung der Investitionen von Unternehmen und Ausgaben der Haushalte führen, also eine Erhöhung der Nachfrage, was wiederum Beschäftigung und Löhne erhöhen sollte (Ampudia et al., 2018). Daher ist der Mythos, "niedrige Zinsen schaden den deutschen Sparern:innen", so nicht haltbar. Für diese direkten und indirekten Effekt gibt es sowohl theoretische als auch empirische Belege (Ampudia et al., 2018 & Auclert 2017).

Literaturverzeichnis

- Altavilla, C., Lemke, W., Linzert, T., Taping, J. & von Landesberger, J. (2021).** Assessing the efficacy, efficiency and potential side effects of the ECB's monetary policy instruments since 2014. *European Central Bank*. Abgerufen am 16. März 2023, von <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecb.op278~a1ca90a789.de.pdf?f7eb7e959d0a797ec11cc20220315a09>
- Ampudia, M., Georgarakos, D., Slacalek, J., Tristani, O., Vermeulen, P., & Violante, G. (2018).** Monetary policy and household inequality. *European Central Bank*. Abgerufen am 16. März 2023, von <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpwps/ecb.wp2170.en.pdf>
- Auclert, Adrien (2017).** "Monetary Policy and the Redistribution Channel", *Working Paper*, No 23451, NBER.
- European Central Bank (2014, 12. Juni).** *Der Negativzins der EZB*. European Central Bank. Abgerufen am 15. März 2023, von <https://www.ecb.europa.eu/ecb/educational/explainers/tell-me-more/html/why-negative-interest-rate.de.html>
- European Central Bank. (2016, 11. August).** *What are minimum reserve requirements?* European Central Bank. Abgerufen am 16. März 2023, von https://www.ecb.europa.eu/ecb/educational/explainers/tell-me/html/minimum_reserve_req.en.html
- European Central Bank. (2021, 26. Oktober).** *Monetary policy instruments and the strategy review*. European Central Bank. Abgerufen am 16. März 2023, von <https://www.ecb.europa.eu/home/search/review/html/monetary-policy-instruments.de.html>

Gudehus, T. (2016). Das heutige Geldsystem. *Neue Geldordnung: Notwendigkeit, Konzeption und Einführung*, 3-7.

Die Rolle der Regierung

Die Regierung und die Inflation

Neben der Zentralbank kann auch die Regierung Einfluss auf die Inflationsrate nehmen. Dabei stehen ihr mehrere Instrumente zur Verfügung, die je nach Ausgangslage herangezogen werden können: So erfordert Deflation andere politische Maßnahmen als Inflation. Auch der Unterschied zwischen Inflationsursachen auf der Angebots- oder Nachfrageseite muss berücksichtigt werden. Anders als die EZB hat die Regierung dabei nicht nur die Geldwertstabilität im Blick, sondern muss auch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Inflation bzw. Deflation abmildern.

Staatliches Handeln in Zeiten hoher Inflation

Auf den ersten Blick kann die Regierung als Gewinner einer hohen Inflationsrate angesehen werden. Denn durch die Geldentwertung sinkt die Staatsschuldenquote (Fellechner & Oertmann, 2022). Daneben steigen wegen der inflationär bedingt höheren Preise auch die Steuereinnahmen. Die positiven Auswirkungen für den Staatshaushalt dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass je nach Inflationsursache eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung der Bürger:innen droht. Auf eine Überhitzung der Wirtschaft folgt zudem häufig eine Rezession. Diese erfordern staatliche Maßnahmen zur Inflations- und Inflationsfolgenbekämpfung. Im Gegensatz zur Geldpolitik der EZB stehen der Regierung dabei Instrumente zur Verfügung, die zielgenaues Eingreifen ermöglichen (Weber, 2022).

Inflation kann durch das Angebot (z.B. von Unternehmen angebotene Produkte) oder die Nachfrage (z.B. von Konsument:innen gekaufte Produkte) entstehen (siehe auch Was ist Inflation?). Bei angebotsgetriebener Inflation werden häufig Entlastungen für Bürger:innen gefordert. Ein klassisches Entlastungsinstrument ist die Senkung von Steuern. Hohe Inflationsraten belasten Menschen mit niedrigen Einkommen stärker als Menschen mit hohem Einkommen (siehe auch [Ungleichheit & Inflation](#)). Dementsprechend ist eine Reduzierung der Einkommenssteuer weniger zielführend, da auf geringe Einkommen keine bzw. nur eine geringe Einkommensteuer anfällt (Adam, 2013, S. 126 ff.). Die Steuerbelastung von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen besteht größtenteils aus indirekten Steuern, wozu beispielsweise die Mehrwertsteuer zählt und Beiträgen zu den Sozialversicherungen. Eine Senkung der Mehrwertsteuer, vor allem für Nahrungsmittel oder den Personennahverkehr, kann daher die Inflationslast für besonders betroffene Bürger:innen reduzieren (Bach & Isaak, 2017).

Finanzielle Entlastungen der Bürger:innen können nicht nur durch Steuersenkungen herbeigeführt werden. Auch Einmalzahlungen oder eine Subventionierung bestimmter Güter und Dienstleistungen sind mögliche fiskalpolitische Instrumente. Die Bundesregierung hat im zweiten Entlastungspaket 2022 mit Maßnahmen wie dem Kinderbonus und dem 9-Euro-Ticket diesen Weg beschritten. Die Vergünstigung des öffentlichen Personennahverkehrs und die Reduzierung der Mineralölsteuer („Tankrabatt“) haben die Inflationsrate im Juni 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat von rechnerischen 8,6% auf 7,6% gedrückt (Statistisches Bundesamt, 2022). Dabei war gerade der *Tankrabatt* wegen seiner hohen Kosten, der Entlastung wohlhabender Besitzer:innen von energieintensiven Autos inmitten der Klimakrise höchst umstritten (Duso, 2022). Staatliche Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung müssen sich nicht nur an der Geldwertstabilität

messen lassen, sondern auch an anderen politischen Erwägungen wie der sozialen Ausgewogenheit oder den ökologischen Folgen.

Wie bereits erklärt, resultiert nicht jede Preiserhöhung aus betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Stattdessen nutzen manche Unternehmen die allgemeine Inflationslage als Vorwand für Preiserhöhungen. Die Regierung kann dieser Entwicklung durch Bildung eines Nachfragekartells entgegentreten und von Verbraucherseite aus den Preis festlegen. So schlug die EU-Kommission im Oktober 2022 einen gemeinsamen Gaseinkauf aller Mitgliedsstaaten auf europäischer Ebene vor, um eine Preisobergrenze gegenüber den Exportländern durchsetzen zu können (Tagesschau, 2022). Ein weiteres mögliches Instrument sind Eingriffe in die Preise, z.B. durch einen vom Staat festgesetzten Preis. Befürworter:innen von Preiskontrollen sehen die Möglichkeit, hohe Gewinne und die dadurch verstärkten Inflationsraten zu senken (Weber, 2021; Tucker, 2021). Das Instrument der Preiskontrollen ist historisch gesehen keine Neuheit (Tucker, 2021) und auch in der jüngsten Vergangenheit wurden Preiskontrollen angewendet, beispielsweise bei der Begrenzung der Kosten für Antigen-Schnelltests. Kritiker:innen warnen jedoch vor der Schwierigkeit, einen angemessenen Preis zu finden und zentral festzulegen. Ferner kann die Durchsetzung von nationalen Preiskontrollen in einer global verflochtenen Wirtschaft schwierig und potenziell wachstumsgefährdend sein (Bernoth & Kriwoluzky, 2022, S. 120). Mit der Gaspreisbremse, welche ab März 2023 gelten soll, setzt die deutsche Politik bei der Bekämpfung der hohen Energiepreise auf Preiskontrollen, indem sie einen Höchstpreis von 12 Cent pro Kilowattstunde für 80% des Verbrauchs festgelegt hat.

Ist die Inflation nachfragegetrieben, sind andere Instrumente sinnvoll: Auf der einen Seite kann die Regierung versuchen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu reduzieren, indem Steuern erhöht oder staatliche Ausgaben gesenkt werden. Wird beispielsweise durch eine Einkommenssteuererhöhung die Nachfrage reduziert, können die Preise in der Folge sinken. Die Regierung sollte jedoch ihren Vorteil nutzen, nicht ausschließlich auf die Inflation schauen zu müssen. Er sollte sozial ausgewogen handeln und seine Politik muss jedoch an Entlastungen niedriger Einkommen koppeln (Weber, 2022). Auf der anderen Seite kann die Regierung auch auf einen Ausbau des Angebots abzielen, um die hohe Nachfrage ausgleichen zu können. Langfristig kann es sinnvoll sein, die Produktionskapazitäten durch staatliche Investitionen und effizientere Regulierungen zu stärken, statt aus kurzfristigen Motiven heraus die Nachfrage zu senken.

Das Zusammenspiel von Regierung und Zentralbank in Zeiten niedriger Inflation

Zwischen 2014 und 2016 galt die niedrige Inflation („Lowflation“) als ein großes wirtschaftliches Problem. Auch wurde befürchtet, dass die Inflation unter null fallen könnte (Deflation). Der Hauptgrund dieser Entwicklung waren die rückläufigen Energiepreise (Agora Energiewende, 2015, Statistisches Bundesamt, 2016, S. 162f). Zudem haben niedrige Lohnabschlüsse und geringe Investitionen (sowohl vom Staat als auch von Unternehmen) zu einer niedrigen Inflation aufgrund einer schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beigetragen. Bei niedriger Inflation können die Zentralbanken die Leitzinsen senken, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit auch die Inflation zu stärken. Allerdings hatte die EZB den Leitzins seit der Finanzkrise 2008 kontinuierlich gesenkt (2016 lag der Leitzins bei 0%) und zudem auch andere Maßnahmen der sogenannten „unkonventionellen“ Geldpolitik durchgeführt. Die Inflationsrate blieb dennoch unterhalb der Zielvorgabe von unter, aber nahe 2%. Viele Ökonom:innen sahen deshalb die Möglichkeiten der Geldpolitik erschöpft und forderten die Eurostaaten zu einer aktiveren Fiskalpolitik auf, um die Nachfrage zu stimulieren und die Inflation zu erhöhen (Bofinger, 2014). Statt auf strenge Haushaltsdisziplin zu achten, sollten Staaten wie

Deutschland mehr in Infrastruktur, Umweltschutz und Bildung investieren. Durch die zusätzlichen Investitionen kann die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimuliert werden, was wiederum die Inflation erhöhen würde (Bofinger, 2014).

Neben einer Erhöhung staatlicher Investitionen kann die Regierung auch auf anderem Wege die Inflation positiv beeinflussen: Lohnpolitik. Durch eine Stärkung von Gewerkschaften, durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen oder durch eigene Lohnpolitik in staatlichen Institutionen kann die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimuliert und die Inflationsrate angehoben werden. Zu welchem Ausmaß sich diese Maßnahmen des Staates auf die Inflationsrate auswirken, ist jedoch von volkswirtschaftlichen Umständen abhängig. So wird die Stimulierung der Löhne bei gleichzeitiger Vollauslastung der Produktion stärkere inflationäre Wirkungen haben als bei Unterauslastung.

Insbesondere für die EU ist die Möglichkeit der Staaten, auf die Inflationsrate Einfluss zu nehmen, besonders wichtig. Da die Mitgliedstaaten eine gemeinsame Währung haben, sind sie an die Geldpolitik der EZB gebunden. Allerdings kann die wirtschaftliche Situation (bspw. in Bezug auf die Inflationsrate) zwischen den Staaten so verschieden sein, dass die EZB nicht für alle Staaten eine angemessene Geldpolitik verfolgen kann. Die Fiskalpolitik muss diese Mängel kompensieren und daher in der Eurozone eine aktivere Rolle einnehmen als in Staaten mit nationalen Währungen (van Treeck, 2017).

CO₂-Steuer, Mindestlohn und die Inflation

Auch wenn die Geldwertstabilität in vielen Wirtschaftssystemen die Aufgabe der Zentralbank ist, kann die Fiskalpolitik der Regierung die Inflation beeinflussen. Häufig wird dieser Umstand als Kritik gegen ein aktiveres Eingreifen des Staates verwendet. Oft greift dieses Argument aber zu kurz. Ein Beispiel ist die sogenannte „Greenflation“. Der Begriff beschreibt eine durch Klimaschutzmaßnahmen ausgelöste Inflation, vor der unter anderem im Zuge der 2021 eingeführten CO₂-Steuer gewarnt wurde. Tatsächlich stiegen wegen der CO₂-Steuer die Benzinpreise. Ein solcher Preisanstieg ist jedoch kein unerwünschter Nebeneffekt, sondern als klimapolitische Maßnahme gewollt. Durch die Steuer sollen die Spritpreise an die tatsächlichen wirtschaftlichen Kosten, die auch die Kosten der Umweltverschmutzung beinhalten, angenähert werden. Das soll wiederum eine Verhaltensveränderung bewirken: Weg von fossiler Mobilität und hin zu klimafreundlichen Alternativen. Ob dadurch auch eine allgemein höhere Inflation ausgelöst wird, ist aber fraglich. Im Jahr 2021 stieg die Inflationsrate durch die CO₂-Steuer um 0,63 Prozentpunkte (PP). Bis 2025 wird insgesamt ein Anstieg um 1,49 PP prognostiziert. Berücksichtigt man jedoch gesamtwirtschaftliche Anpassungseffekte, soll der kumulierte Anstieg der Inflation für denselben Zeitraum sogar nur 0,15 PP betragen (Herold et al., 2022).

Darüber hinaus wirkt ein durch die CO₂-Steuer forcierter Ausbau der erneuerbaren Energien mittelfristig preisdämpfend. Denn schon jetzt sind die Kosten für Strom, der aus Kohle und Gas hergestellt wird, größtenteils höher als für Strom aus regenerativen Quellen (Fraunhofer ISE, 2021).

Bei der Einführung des Mindestlohns 2015 und der geplanten Erhöhung auf zwölf Euro 2022 wurde ebenfalls vor einer steigenden Inflation gewarnt. Dabei hatte die Einführung des Mindestlohns kaum wahrnehmbaren Einfluss auf die Inflationsrate (Schulten & Weinkopf, 2015). Auch für die Erhöhung des Mindestlohns wird in einer Simulationsstudie kein starker inflationstreibender Effekt prognostiziert (Dullien, Herzog-Stein et al., 2022; Bach et al., 2022).

Literaturverzeichnis

- Adam, H. (2013).** *Steuerpolitik in 60 Minuten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. Wiesbaden.
- Agora Energiewende (2015).** *Energiekosten fallen auf langjährige Tiefstände zurück*. Abgerufen am 01.11.2022, von https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/Energieprei_smonitor/EPM_1015/EPM_Oktober_2015_28102015_cpo.pdf
- Bach, S., Isaak, N., & Banal-Estanol, A. (2017).** *Senkung der Mehrwertsteuer entlastet untere und mittlere Einkommen am stärksten*, DIW-Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 84, Iss. 31, pp. 627-634.
- Bernoth, K., Kriwoluzky, A. (2022).** *Preiskontrollen eignen sich nicht, um die Inflation zu bekämpfen*. In DIW Wochenbericht, Vol. 89, Iss.] 7.
- Bofinger, P. (2014).** *Schon "Lowflation" ist problematisch*. Abgerufen am 01.11.2022, von <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/schuldenkrise/193003/schon-lowflation-ist-problematisch/>
- Dullien, Sebastian; Herzog-Stein, Alexander; Lübker, Malte; Pusch, Toralf; Theobald, Thomas (2022).** *Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro beeinflusst Inflation kaum: Makroökonomische Simulationsstudie mit dem NiGEM-Modell*, IMK Policy Brief, No. 116, Hans- Böckler-Stiftung, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf
- Duso, T. (2022).** *Der Tankrabatt ist das naheliegendste, aber auch schlechteste Instrument*. Abgerufen am 01.11.2022, von <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/der-tankrabatt-ist-das-naheliegendste-aber-auch-schlechteste-instrument-8021434.html>
- Fellechner, S., & Oertmann S. (2022).** *Inflation ist (k)ein Ausweg aus der Verschuldung*. Abgerufen am 01.11.2022, von <https://dzresearchblog.dzbank.de>
- Fraunhofer ISE (2021).** *STROMGESTEHUNGSKOSTEN ERNEUERBARE ENERGIEN*. Abgerufen am 16.03.2023, von https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/DE2021_ISE_Studie_Stromgestehungskosten_Erneuerbare_Energien.pdf
- Herold, J., Schwarz, M., Köhler-Geib, F. & Ebner, L. (2022).** *Grüne Inflation? Zwischen Klimaschutz und Preisniveaustabilität* (Nr. 368). KfW Research. Abgerufen am 1. November 2022, von <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2022/Fokus-Nr.-368-Februar-2022-Gruene-Inflation.pdf>
- Schulten, T., Weinkopf, C. (2015).** *Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns – eine erste Zwischenbilanz*. Abgerufen am 16.03.2023, von https://www.researchgate.net/publication/281824590_Die_Einfuehrung_des_gesetzlichen_Mindestlohns_eine_erste_Zwischenbilanz
- Statistisches Bundesamt (2016).** *Verbraucherpreisindizes für Deutschland*. Jahresbericht 2016.
- Statistisches Bundesamt (2022).** *Inflationsrate im Juni 2022 leicht abgeschwächt bei +7,6 %*. Abgerufen am 01.11.2022, von https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/07/PD22_296_611.html
- Tagesschau (2022).** *EU setzt auf gemeinsamen Gaseinkauf*. Abgerufen am 01.11.2022, von <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-gaspreis-103.html>

Tucker, T. (2022). *Price Controls: How the US Has Used Them and How They Can Help Shape Industries.* Abgerufen am 01.11.2022, von https://rooseveltinstitute.org/wp-content/uploads/2021/11/RI_Industrial-Policy-Price-Controls_Brief-202111.pdf

Van Treeck, T. (2022). *Besondere Herausforderungen für die Geld- und Fiskalpolitik in einer Währungsunion.* Abgerufen am 01.11.2022, von <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/schuldenkrise/239946/besondere-herausforderungen-fuer-die-geld-und-fiskalpolitik-in-einer-waehrungsunion/>

Weber, I. (2021). *Could strategic price controls help fight inflation?.* Abgerufen am 01.11.2022, von <https://www.theguardian.com/business/commentisfree/2021/dec/29/inflation-price-controls-time-we-use-it>

Weber, M. (2022). *Das Rezept gegen die Inflation.* In Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (Nr. 31)

Die aktuelle Inflation

Wie beeinflusst der Angriffskrieg auf die Ukraine die Inflation in Deutschland?

In den vergangenen zwei Jahren ist die Inflation im Euro-Raum und Deutschland über den von der EZB angestrebten Wert von zwei Prozent gestiegen. Zunächst stiegen die Preise aufgrund der von Lieferkettenstörungen im Rahmen der Corona-Pandemie (Deutsche Bundesbank, 2022). Seit dem 24. Februar sorgen die Auswirkungen des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine für zusätzlich steigende Preise. Der russische Angriffskrieg wirkt sich primär durch eine Verknappung der Lieferung fossiler Energieträger und dadurch stark steigende Energiepreise auf die Inflation aus. Der Energiepreisanstieg trifft Deutschland wegen seiner starken Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen infolge einer versäumten Energiewende besonders stark.

Besonders die Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Haushaltsenergie, sowie für Nahrungsmittel steigen erheblich. Im Juni lag deren Teuerungsraten bereits bei 38% und 12,7%, im Oktober 2022 waren sie auf 43% und 20,3% im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen (Statistisches Bundesamt, 2022a; Statistisches Bundesamt, 2022b). Das bedeutet eine deutliche finanzielle Belastung für Bürger:innen. Dabei sind insbesondere die unteren Einkommensschichten stark betroffen, da sie größere Anteile ihres Einkommens für Energie und Nahrung verwenden und gleichzeitig einen geringeren finanziellen Spielraum haben, um ihr Konsumverhalten an die erhöhten Preise anzupassen. Weitere Informationen dazu, wie genau sich die Inflation auf ökonomische und soziale Ungleichheit auswirkt, findet ihr in diesem Text: Ungleichheit & Inflation.

Wie profitieren manche Unternehmen von der derzeitigen Inflation?

Wenn das Angebot eines bestimmten Gutes sinkt, steigen die Preise. Je nach Marktdesign und Marktmacht können Unternehmen, die dieses Gut herstellen, die Preissteigerungen nutzen, um ihre Gewinnmargen zu steigern, ohne mehr zu leisten.

Kommt es aufgrund eines externen Schocks zu einer plötzlichen Knappheit auf einem Einzelmarkt, wie derzeit bei der Energie, bezeichnet man die entstehenden Gewinne als **Windfall Profits** oder Zufallsgewinne. Diese sind auf dem Strommarkt durch das spezifische Marktdesign, die sogenannte Merit-Order, besonders hoch. Da es sich beim Endprodukt "Strom" um ein homogenes Gut handelt, erhalten alle Stromproduzenten den Preis der teuersten benötigten Energieeinheit. Bereits vor der Krise waren das die Gaskraftwerke, wodurch sich der gesteigerte Gaspreis ebenfalls in einen gesteigerten Strompreis übersetzte. Auch Anbieter, die Energie besonders preiswert erzeugen, wie mit Wind und Solar, profitieren also stark von steigenden Preisen, ohne dass sich ihre Kosten geändert haben. Mit einer **Windfall Tax** kann man einen Teil diese Zufallsgewinne abschöpfen, indem man eine Erlösobergrenze am Strommarkt festlegt. Alle Gewinne darüber hinaus müssten teilweise abgeführt werden.

Eine weitere viel diskutierte Möglichkeit ist die **Übergewinnsteuer**. Dies hat das Ziel rasant steigende Gewinne abzuschöpfen, um beispielsweise Entlastungen für die Bevölkerung zu finanzieren. Die Übergewinnsteuer zielt nicht auf Windfall Profits, sondern auf Übergewinne. Ein Übergewinn ist aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht jener Gewinn, der über dem "Normalgewinn" eines Unternehmens liegt. Im Unterschied zu Zufallsgewinnen ergeben sich Übergewinne nicht aufgrund einer veränderten Marktlage, sondern entstehen durch die Marktmacht der Unternehmen. Es gibt keine einheitliche

Definition eines normalen Gewinns, man könnte ihn jedoch zum Beispiel am Profit der Vorjahre umreißen. Neben der genauen Quantifizierung des Übergewinnanteils sind rechtliche Bedenken zu beachten, da eine Übergewinnsteuer mit der derzeitigen Unternehmenssteuer schwierig zu vereinbaren ist.

Besteht das Risiko einer Lohn-Preis-Spirale?

Eine langfristig hohe Inflation und gesteigerte Inflationserwartungen können das Risiko von Lohn-Preis-Spiralen und sogenannten Zweitrundeneffekten erhöhen. Faktoren wie eine sinkende Arbeitslosigkeit und der Fachkräftemangel wirken dabei gegebenenfalls verstärkend. Eine Lohn-Preis-Spirale entsteht, wenn arbeitnehmerseitig höhere (tarifliche) Lohnabschlüsse erzielt werden, um das durch das gestiegene Preisniveau real gesunkene Lohnniveau auszugleichen oder überzukompensieren. Diese Lohnkosten werden dann von den Unternehmen wenigstens teilweise auf die Verbraucherpreise der Produkte aufgeschlagen und tragen so zu einem weiteren Inflationsanstieg bei, welcher wiederum zu erhöhten Lohnforderungen führen kann. Derzeit gibt es jedoch keine Anzeichen für eine solche Lohn-Preis-Spirale in Deutschland. Die Reallöhne sind in den ersten beiden Quartalen 2022 im Vergleich zum Vorjahr sogar signifikant gesunken.

Reaktionen von Zentralbanken auf die aktuelle Inflation

Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat auf dreierlei Weisen auf die steigende Inflation reagiert. Erstens hat sie ihre verschiedenen Programme zum Ankauf von Vermögenswerten inklusive Staatsanleihen eingestellt. Auslaufende bereits gekaufte Wertpapiere sollen jedoch zunächst voll reinvestiert werden.

Zweitens hat die EZB im Juli 2022 zum ersten Mal seit 2011 ihren Leitzins angehoben. In den Folgemonaten haben die Notenbanker die Zinsen noch weiter erhöht und angekündigt, diesen Kurs auch in den nächsten Treffen fortzuführen. Als Ziel der Zinswende nennt die Zentralbank eine Dämpfung der Nachfrage, die Vorbeugung von dauerhaft erhöhten Inflationserwartungen, welche in der mittleren Frist das Inflationsziel von 2% übersteigen, sowie den Zinsschritten der amerikanischen Zentralbank (FED) zu begegnen (siehe Federal Reserve (USA)). Die EZB-Entscheidungsträger:innen haben dabei angedeutet, dass die Geldpolitik kaum Einfluss auf sektorspezifische Preisanstiege von Rohstoffen wie Energie und Nahrungsmittel hat, weshalb das Management von Inflationserwartungen und die Zinsschritte der Fed als zentrale Motivationsgründe für den Zinsanstieg zu sehen sind.

Drittens wurde mit dem Transmission Protection Instrument (TPI) ein neues geldpolitisches Instrument geschaffen, um eine einheitliche Transmission der Geldpolitik zu gewährleisten, die durch eine Fragmentierung des Euro-Staatsanleihenmarkts infolge unterschiedlicher Zinshöhen (Spreads) gefährdet wäre. Mit dem TPI kann die EZB in unbegrenzter Höhe Staatsanleihen einzelner Länder kaufen. Voraussetzung ist, dass die jeweiligen Staaten eine solide und tragfähige Finanz- und Wirtschaftspolitik verfolgen.

Die aktuelle Inflation stellt die EZB und ihr Mandat auf die Probe. Sie muss passende Instrumente zur aktuellen Krise finden, wobei es entscheidend ist, die Ursachen zu erkennen. Wird die Inflation von einer zu hohen Nachfrage getrieben, kann eine Zinserhöhung dem über eine Nachfragesenkung entgegenwirken. Zur Bekämpfung von Angebotsschocks eignet sich Geldpolitik weniger. Die aktuelle Inflation ist vor allem von hohen Energiepreisen getrieben (Arbeitskreis Konjunktur des IWH, 2022). Auch wenn

höhere Zinssätze nicht direkt gegen hohe Energiepreise wirken, können sie über andere Kanäle auf das Preisniveau stabilisieren. So sollen höhere Zinsen den Inflationsdruck mindern, indem die aggregierte Nachfrage gesenkt und Inflationserwartungen stabilisiert werden. Können die Inflationserwartungen niedrig gehalten werden, bleiben Zweitrundeneffekte aus. Mit dem Zweitrundeneffekt ist gemeint, dass es durch die Inflation zu erhöhten Lohnforderungen kommen kann. Andererseits birgt eine überzogene geldpolitische Reaktion die Gefahr, dass die Rezession viel tiefer wird als der ursprüngliche Energie-Preisschock, da das Einkommen der Bürger:innen durch steigende Energieerrechnungen stark sinkt, und die Zinserhöhung somit die Nachfrage drosselt.

Federal Reserve (USA)

Die US-Zentralbank Fed hat ihren Leitzins bereits häufiger und stärker angehoben. Sie gibt sich entschlossen, die Inflation durch Zinsanstiege zu bekämpfen. Der Grund für die schnellere Anhebung der Zinsen liegt in den unterschiedlichen Inflationsdynamiken. Die US-Inflation ist deutlich stärker nachfragegetrieben als in der EU. Eine Analyse zeigt, dass etwa ein Drittel der Inflation in den USA auf eine starke Nachfrage zurückzuführen ist. Zudem bewertet die Fed den US-Arbeitsmarkt als überhitzt. Nachfrageseitige Inflation kann durch Zinserhöhungen gesenkt werden.

Die Folgen der unterschiedlichen Zinspolitik von EZB und Fed sind, dass der Euro gegenüber dem Dollar an Wert verliert und die institutionelle Glaubwürdigkeit der EZB getestet wird. Schlussendlich ist die Möglichkeit der EZB, ihre geldpolitischen Beschlüsse teilweise unabhängig von der Fed treffen zu können, ein Zeichen monetärer Souveränität.

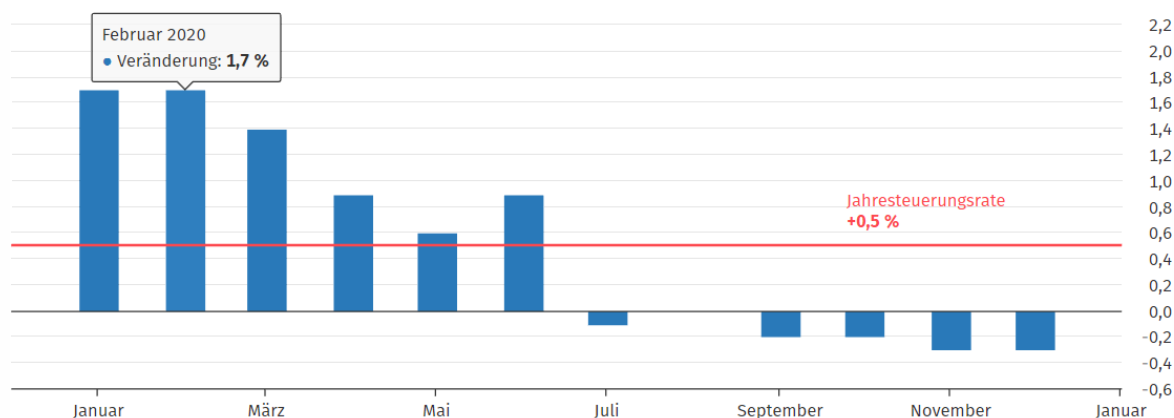
Rückblick: Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Inflation in Deutschland können in zwei Phasen mit sehr unterschiedlichen Entwicklungen beschrieben werden (Kern & Henze, 2021). Die erste Phase reicht vom Beginn der Corona-Pandemie bis zum Jahresende 2020.

Die beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus sorgten für einen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland und verursachten weitreichende Unterbrechungen der globalen Lieferketten. Die Auftragseingänge in dem verarbeitenden Gewerbe gingen innerhalb weniger Monate um fast 40% zurück und das Gastgewerbe musste größtenteils komplett schließen (Statistisches Bundesamt, o.D.). Die Folge der nachlassenden Nachfrage war ein Rückgang der Verbraucherpreise ab Juli 2020. Im November 2020 wurde der Tiefstand der Inflationsrate von -0,3% erreicht (Statistisches Bundesamt, o.D., Kern & Henze, 2021). Der allgemeine Preisverfall war besonders durch Energiepreise geprägt, welche aufgrund der geringen Nachfrage der internationalen Ökonomien gesunken waren (Kern & Henze, 2021). Zusätzlich wurden zwischen Juli und Dezember 2020 sowohl die Mehrwertsteuer auf 16% als auch die Umsatzsteuer auf 5% gesenkt. Diese Steuersenkungen reduzierten ebenfalls breitflächig die Preise und trugen dadurch zur deflationären Entwicklung bei.

Verbraucherpreisindex 2020

2015=100, Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



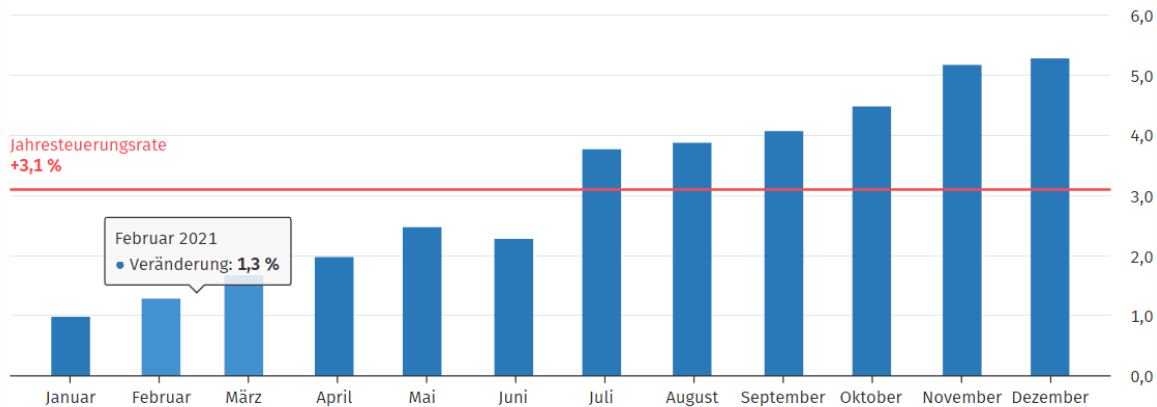
© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Die zweite Phase der Inflationsentwicklung im Zuge der Corona-Pandemie begann im Januar des Jahres 2021 und war von einer steigenden Inflationsrate gekennzeichnet. Auch hier waren die Energiepreise der zentrale Faktor (Kern & Henze, 2021). Im Zuge der wiederkehrenden Nachfrage stiegen die Preise für Energie auf dem Weltmarkt signifikant an. Zusätzlich waren zahlreiche Produktgruppen von einem Basiseffekt infolge der ausgelaufenen Mehrwertsteuersenkung betroffen. Die Inflationsrate vergleicht das Preisniveau eines Monats mit dem des Vorjahresmonats. Aufgrund der befristeten Mehrwertsteuersenkung im Jahr zuvor war das Preisniveau des Vorjahresmonats niedriger und somit die Inflationsrate höher. Hierdurch fielen die Inflationsraten der Monate Juli bis Dezember 2021 höher aus.

In der wissenschaftlichen Debatte werden vor allem zwei Ursachen der Inflation im Zusammenhang mit der Pandemie diskutiert. Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) nannte in diesem Zusammenhang das Aufeinandertreffen von Lieferengpässen auf sogenanntes „Phantomeinkommen“ als Ursache der Inflation. Als Phantomeinkommen beschreibt das IfW die Unterstützungsmaßnahmen der Regierungen, welche die Nachfrage stützen sollten (Kooths, 2022). Dieses hätte zunächst keinen wesentlichen Einfluss gehabt, da die Ausgabemöglichkeiten durch Lockdowns und Einschränkungen stark begrenzt waren. Mit Eintreten weitgehender Lockerungen, habe es jedoch sektoral „Nachholeffekte“ gegeben. Die Verbraucher:innen hätten ihre ausgesetzten Ausgaben nun nachholen können und aufgrund der Unterstützungsmaßnahmen zusätzliches Einkommen zur Verfügung gehabt. Diese Sichtweise trifft insbesondere auf die Inflationsstruktur in den USA zu. Dort waren die Hilfs- und Infrastrukturpakete deutlich größer und nachfragewirksamer. In Europa stellt sich die Situation anders dar. Indikatoren wie die preisbereinigten Konsumausgaben, die preisbereinigten Einzelhandelsumsätze oder der Konsumklimaindex deuten alle darauf hin, dass die „Phantomeinkommen“ kaum nachfragewirksam wurden und vermutlich für gestiegenen Lebenshaltungskosten verwendet wurden. Einigkeit herrscht bei der Bewertung der durch die Pandemie verursachten Lieferkettenprobleme im Zuge der Pandemie. Probleme in den Lieferketten führen zu einer Verknappung der Angebotsseite und damit zu Preisanstiegen. In bestimmten Sektoren konnte die sich wiedereinstellende Nachfrage deshalb nicht aufgefangen werden. So hatten besonders Dienstleistungsbetriebe Probleme, wieder ausreichend Personal einzustellen. Das Aufeinandertreffen von einer sich erholenden Nachfrage auf ein verknapptes Angebot hatte eine inflationäre Wirkung.

Verbraucherpreisindex insgesamt für Deutschland 2021

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Literaturverzeichnis

Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2022). *Krieg treibt Energiepreise: Hohe Inflation belastet Konjunktur.* Konjunktur Aktuell, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), 10(2), 36–65.

Deutsche Bundesbank (2022). *Monatsbericht Mai 2022.* In Deutsche Bundesbank Eurosystem. Abgerufen am 15. März 2022, von <https://www.bundesbank.de/resource/blob/891244/4bc5a021acce53db8bde895c504f0378/mL/2022-05-monatsbericht-data.pdf>

Kern, F. & Henze, L. (2021, 1. Oktober). *Die Preise und die Pandemie.* Dezernat Zukunft. Abgerufen am 16. März 2023, von <https://www.dezernatzukunft.org/die-preise-und-die-pandemie/>

Kooths, S. (2022, Januar). *Inflation: Treiber wechseln, Risiken bleiben.* Kiel Institut. Abgerufen am 16. März 2023, von <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-focus/2022/inflation-treiber-wechseln-risiken-bleiben-0/>

Statistisches Bundesamt (2020, Dezember). *Inflationsrate 2020: +0,5 % gegenüber dem Vorjahr* [Pressemeldung]. Abgerufen am 16.11.2022, von https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_025_611.html

Statistisches Bundesamt (o. D.). *Wirtschaftliche Auswirkungen.* Abgerufen am 16. März 2023, von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Wirtschaft/kontextinformationen-wirtschaft.html;jsessionid=AEB6C241AFCC707DD2C4436B63EAC5D5.live712#doc395254bodyText8>

Statistisches Bundesamt (2022a, Juni). *Inflationsrate im Juni 2022 voraussichtlich +7,6 %* [Pressemeldung]. Abgerufen am 16. März 2023, von https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/06/PD22_272_611.html#:~:text=Harmonisierter%20Verbraucherpreisindex%2C%20Juni%202022%3A&text=WIESBADEN%20%E2%80%93%20Die%20Inflationsrate%20in%20Deutschland,%2B7%2C6%20%25%20betragen

Statistisches Bundesamt (2022b, Oktober). *Inflationsrate im Oktober 2022 voraussichtlich +10,4 %* [Pressemeldung]. Abgerufen am 16. März 2023, von https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22_458_611.html#:~:text=Harmonisierter%20Verbraucherpreisindex%2C%20Oktober%202022%3A&text=Wie%20das%20Statistische%20Bundesamt%20

Ungleichheit & Inflation

Inflation wirkt sich über verschiedene Kanäle auf die Ungleichheit in einem Land aus. Es lässt sich jedoch nicht eindeutig festlegen, ob die Inflation die Ungleichheit senkt oder erhöht. Das liegt mit unter daran, dass die Mechanismen zum Teil entgegengesetzt wirken oder ihre Intensität stark von der spezifischen Situation abhängt. Um einen Einblick in die sozialen Folgen von Inflation zu eröffnen, werden drei Kanäle unterschieden und beschrieben: (i) Der Effekt von Inflation auf die Vermögensverteilung, (ii) der Effekt von Inflation auf die Einkommensverteilung und (iii) der Effekt unterschiedlicher Inflationsraten für verschiedene Einkommensgruppen.

Effekte von Inflation auf die Verteilung von Vermögen

Ein weiterer Kanal zur Betrachtung der Auswirkung von Inflation auf die Ungleichheit ist der Effekt auf die Vermögensverteilung eines Landes. Wie genau die Umverteilung aussieht und wen sie am stärksten betrifft, hängt jedoch nicht nur davon ab, welche Vermögensgruppen welche Arten von Geldanlagen halten, sondern auch von der Art der Inflation. Bei einer Geldentwertung (=Inflation) profitieren in der Regel die Haushalte, die Kredite aufgenommen haben. Dadurch, dass der nominale Wert des Geldes sinkt, verringert sich auch der Schuldenwert von Krediten und die Schuld wird faktisch kleiner. KreditnehmerInnen kommt die Inflation also zugute, wohingegen KreditgeberInnen durch Inflation schlechter gestellt werden.

Inflation beeinflusst die Vermögensverteilung des Weiteren durch seine unterschiedliche Wirkung auf Geldvermögen und Anlagevermögen (Aktien, Immobilien). Während Geldvermögen durch die Inflation verringert wird, ist das Anlagevermögen gegen die Geldentwertung abgesichert(er). In Deutschland und Österreich ist inflationsgeschütztes Immobilienvermögen in den Händen der sehr Vermögenden konzentriert. Dadurch sind sehr reiche Menschen besser gegen die Inflation geschützt als Menschen mit mittel- bis wenig Vermögen. Anders sieht das beispielsweise in den Niederlanden und in Spanien aus. Da dort Menschen mit mittel- bis wenig Vermögen häufiger im Besitz von Immobilien sind, sind sie dort besser vor dem Vermögensverlust durch eine Inflation geschützt.

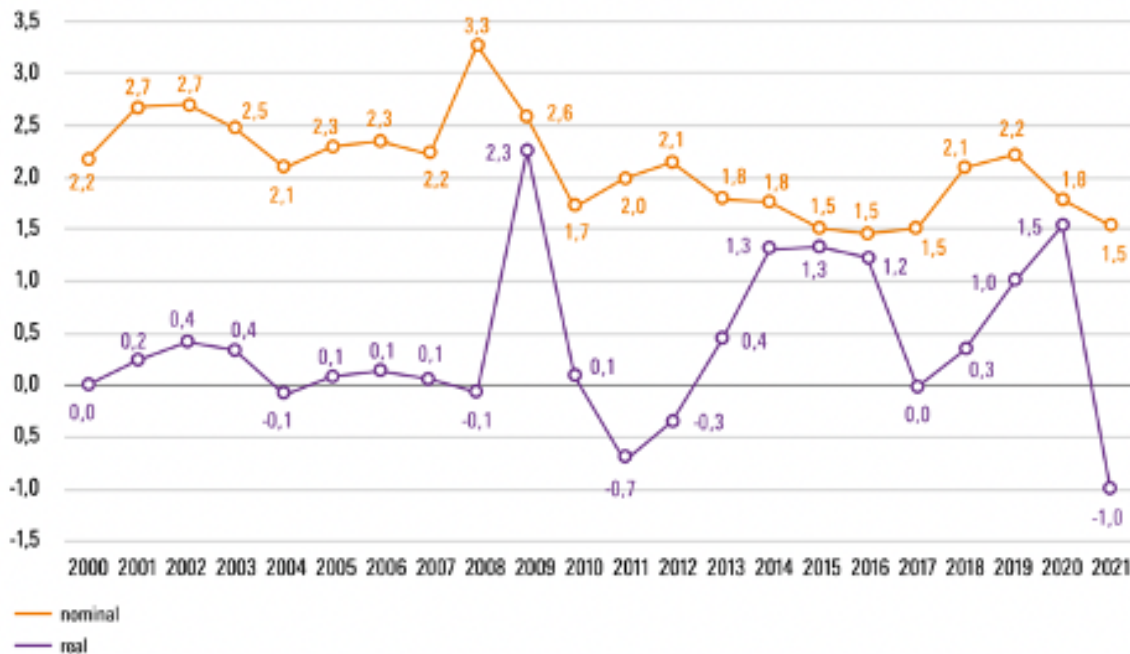
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Inflation Vermögen von reicheren Leuten zu ärmeren Leuten (mit weniger Schulden) umverteilt. Der genaue Verteilungseffekt hängt jedoch von der Art der Vermögensanlagen und deren Laufzeiten ab.

Effekte von Inflation auf die Verteilung von Einkommen

Der Zusammenhang zwischen Inflation und Einkommensungleichheit wurde vielfach empirisch untersucht. Unterschiedliche Methoden skizzieren jedoch verschiedene Ergebnisse. So kamen Forscher:innen, die mithilfe einer Zeitreihenanalyse arbeiteten, zu dem Ergebnis, dass es einen U-förmigen Zusammenhang zwischen Inflation und Ungleichheit gibt. Während ein gewisser Anstieg der Inflation die Ungleichheit zwischen den Einkommen zunächst reduziert, dreht sich diese Beziehung an einem Wendepunkt um (Galli und Hoeven, 2001). Andere Untersuchungen legen nahe, dass Inflation in einem positiven Zusammenhang mit höherer Ungleichheit steht (Bulír, 2001; Li & Zou, 2002; Thalassinou, Ugurlu & Murratoglu, 2012). Nach der wages-lag Hypothese hinken Löhne der Preissteigerung in der Anfangsphase der Inflation hinterher, weshalb die Reallohne sinken (Lübker & Janssen, 2022). Abbildung 1 zeigt eine Steigerung des Nominallohns um 1,5% von 2021 auf 2022, wohingegen der Reallohn um 1% gesunken ist.

Abbildung 1: Entwicklung der Nominal- und Reallöhne 2000 - 2021, Dargestellt als Veränderungen zum Vorjahr in Prozent

Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2000–2021
Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



Anmerkung: Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Europäische Zentralbank (Tariflöhne) und AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 16. Mai 2022), Berechnungen des WSI.



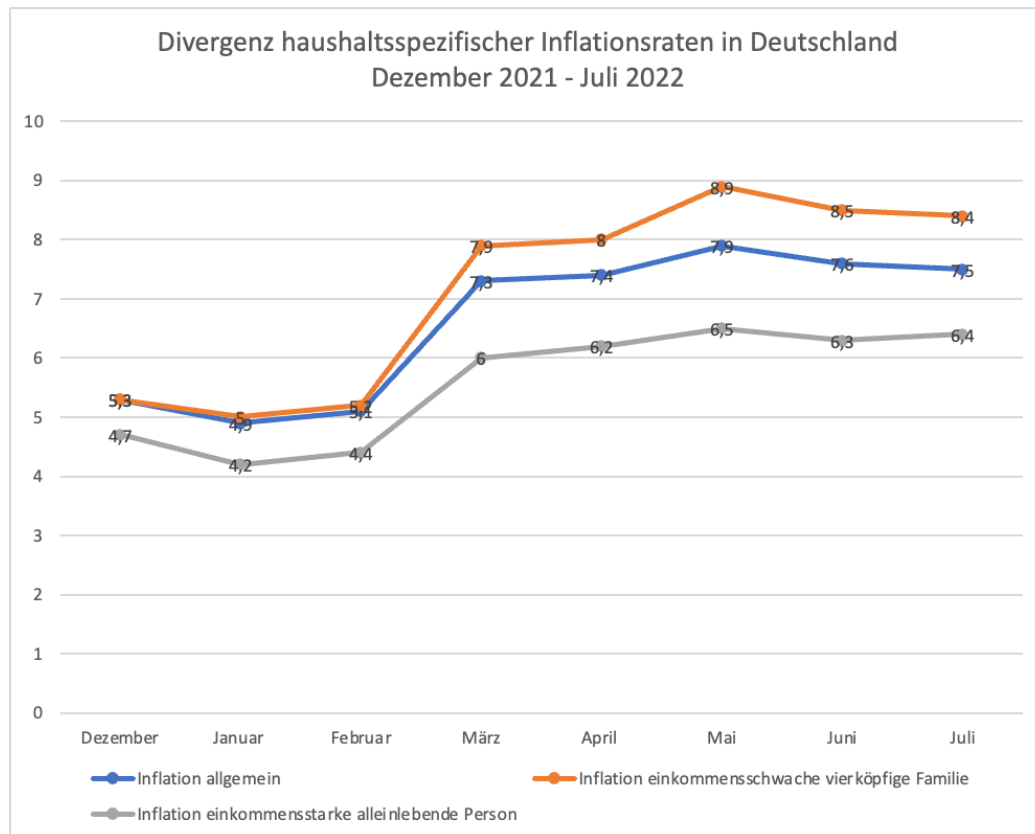
Quelle: https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008372

Kapitaleinkommen (Einkommen aus Vermögensbesitz) passen sich hingegen schneller an das steigende Preisniveau an. Ein Hinterherhinken der Löhne bewirkt somit eine Umverteilung von Arbeitseinkommen zu Kapitaleinkommen (Laidler & Perkin, 1975, Riberio et al., 2021).

Ungleiche Inflation – Niedrige Einkommen werden härter getroffen

Wenn untere Einkommensgruppen eine höhere Inflation erfahren als obere Einkommensgruppen, wirkt das ungleichheitsverstärkend. Die häufig gewählte Darstellung von Inflation als eine einzige Zahl (z.B. in Form des Verbraucherpreisindex) ermöglicht keine Differenzierung nach Einkommensgruppen. Während Geringverdienende einen größeren Teil ihrer gesamten Ausgaben auf Nahrungsmittel, Miete und Energie verwenden, ist dieser Anteil bei einkommensstarken Haushalten geringer. Dafür fällt bei einkommensstarken Haushalten der Anteil für Freizeit- und Kulturveranstaltungen sowie für Gaststättenbesuche deutlich höher aus. Wenn nun die einzelnen Güter bzw. einzelne Güterkategorien unterschiedliche Teuerungsraten erfahren, so sind je nach Gewichtung dieser Güterkategorien im individuellen Warenkorb die individuellen Inflationsraten unterschiedlich. Abbildung 2 zeigt dieses Auseinanderdriften der Inflationsraten für verschiedene Haushaltszusammensetzungen und Einkommensniveaus. Demnach hatte eine einkommensschwache vierköpfige Familie in Deutschland in der ersten Hälfte von 2022 eine deutlich höhere Inflationsrate als eine einkommensstarke alleinlebende Person.

Abbildung 2: Divergenz haushaltsspezifischer Inflationsraten in Deutschland von Dezember 2021 bis Juli 2022

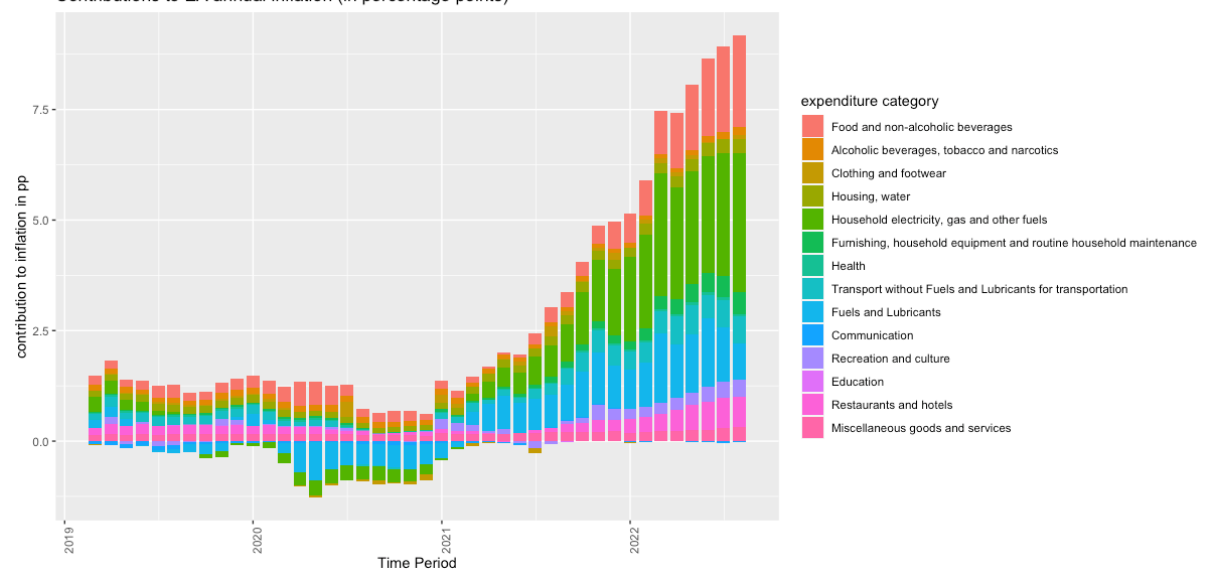


Quelle:

IMK Inflationsmonitor – IMK Policy Brief Nr. 114, Nr. 117, Nr. 118, Nr. 121, Nr. 123, Nr. 124, Nr. 127, Nr. 128

Abbildung 3: Beitrag der Verschiedenen Güterkategorien zur Inflation in der Eurozone zwischen 2019 und 2022 in Prozentpunkten

Contributions to EA annual inflation (in percentage points)

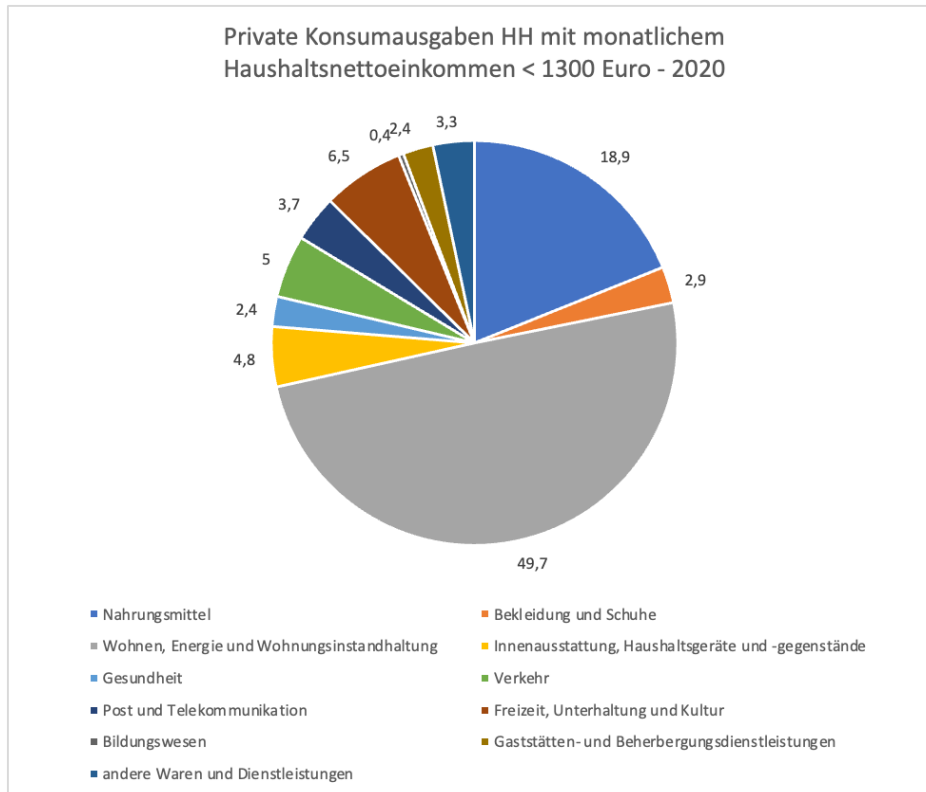


Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Eurostat

Abbildung 3 zeigt, dass die aktuell hohen Inflationsraten in der Eurozone vor allem durch sehr hohe Teuerung in den Bereichen Nahrungsmittel (lachsfarbene, oben), Haushaltsenergie (grün) und Kraftstoffe (türkis) getrieben sind. In Deutschland lag die Inflation in

der Güterkategorie Nahrungsmittel im Oktober 2022 bei 20,3%, bei Energieprodukten lag die Inflation sogar bei 43%.

Abbildung 4: Anteil verschiedener Güterkategorien an den privaten Konsumausgaben eines Haushalts in Deutschland mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1.300 Euro

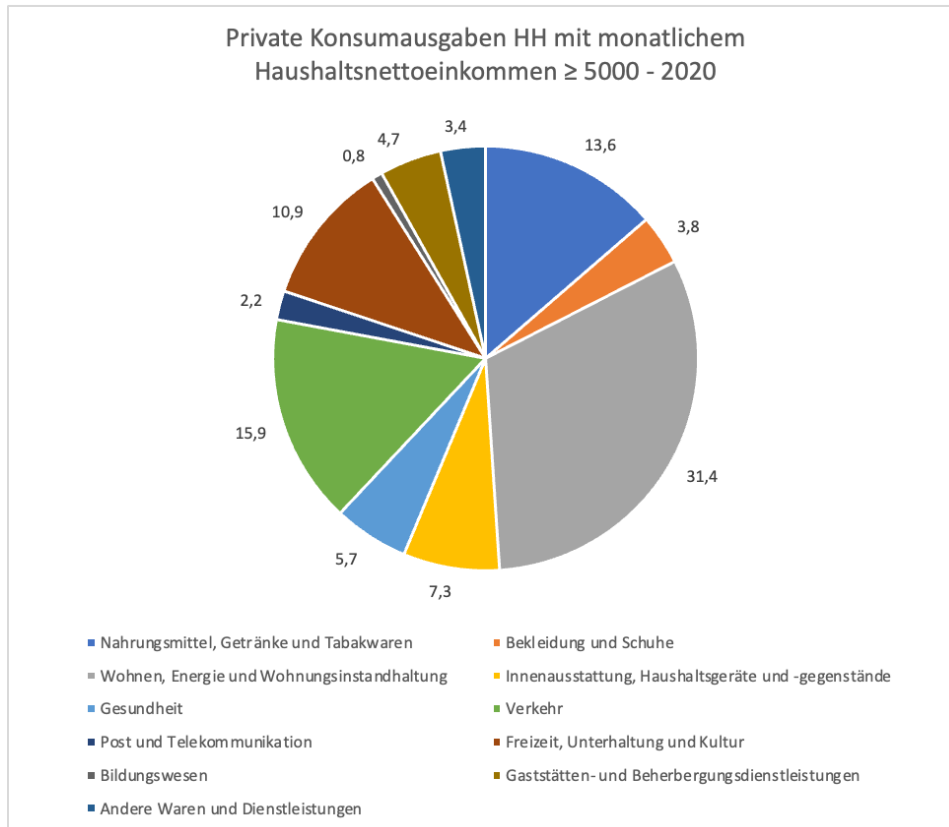


Quelle:

Eigene Darstellung mit Daten von Statistisches Bundesamt – Publikationen: Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte – Fachserie 15 Reihe 1 – 2020 (Für 2021 habe ich leider noch nichts gefunden)

Statistisches Bundesamt: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html

Abbildung 5: Anteil verschiedener Güterkategorien an den privaten Konsumausgaben eines Haushalts in Deutschland mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 5.000 Euro oder mehr



Quelle:

Eigene Darstellung mit Daten von

Statistisches Bundesamt – Publikationen: Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte – Fachserie 15 Reihe 1 – 2020 (Für 2021 habe ich leider noch nichts gefunden)

Statistisches Bundesamt: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html

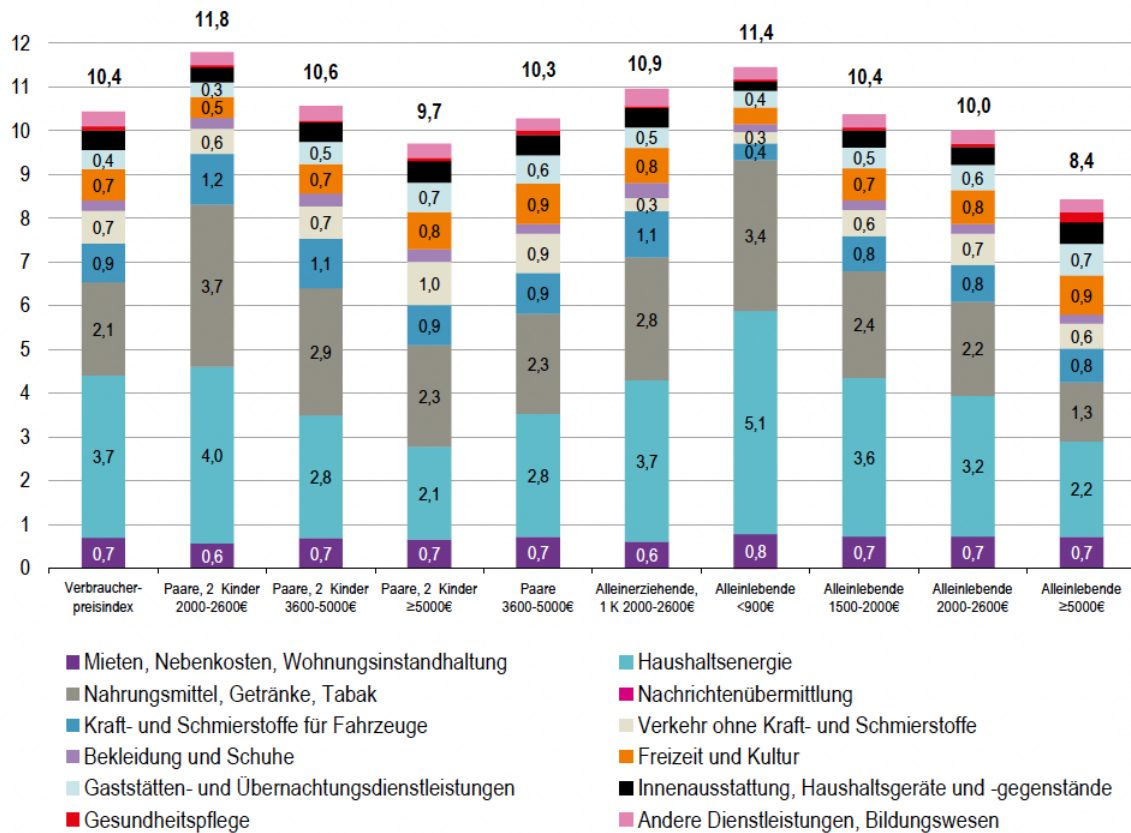
Abbildungen 4 und 5 zeigen, dass Personen mit geringerem Einkommen einen deutlich höheren Anteil ihrer Gesamtausgaben für die Kategorien Nahrungsmittel und Haushaltsenergie aufwenden (Nahrungsmittel bei niedrigen Einkommensgruppen ca. 18,9 Prozent des Warenkorb, bei hohen Einkommensgruppen nur ca. 13,6 Prozent des Warenkorb). Durch eine hohe Inflation in der Kategorie Nahrungsmittel wird der Warenkorb von Geringverdienenden stärker verteuert als der von Gutverdienenden. Folglich trägt die Teuerung bei Nahrungsmitteln dazu bei, dass die individuelle Inflationsrate für Haushalte mit geringem Einkommen höher ausfällt als für Haushalte mit hohem Einkommen.

Wer neugierig geworden ist kann auf der Seite des Statistischen Bundesamtes seine ganz persönliche Inflationsrate berechnen lassen: <https://service.destatis.de/inflationsrechner/>

Außerdem veröffentlicht das IMK zurzeit monatlich ein Update zur aktuellen Inflationsungleichheit. Wie in Abbildung 6 zu sehen, werden dort die Inflationsraten für verschiedene Haushalts-Konstellationen und Einkommensgruppen verglichen, und die Beiträge der verschiedenen Güterkategorien zu den spezifischen Inflationsraten dargestellt.

Abbildung 6: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im Oktober 2022, IMK Inflationsmonitor

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im Oktober 2022¹
in % bzw. Prozentpunkten



¹ Mehrere Angaben der „Paare mit 2 Kindern (2.000-2.600 €)“ sind laut Statistischem Bundesamt wegen einer geringen Zahl von Haushalten, die Angaben gemacht haben, sehr unsicher.

Eine Darstellung der Methodik findet sich in Tober (2022a).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



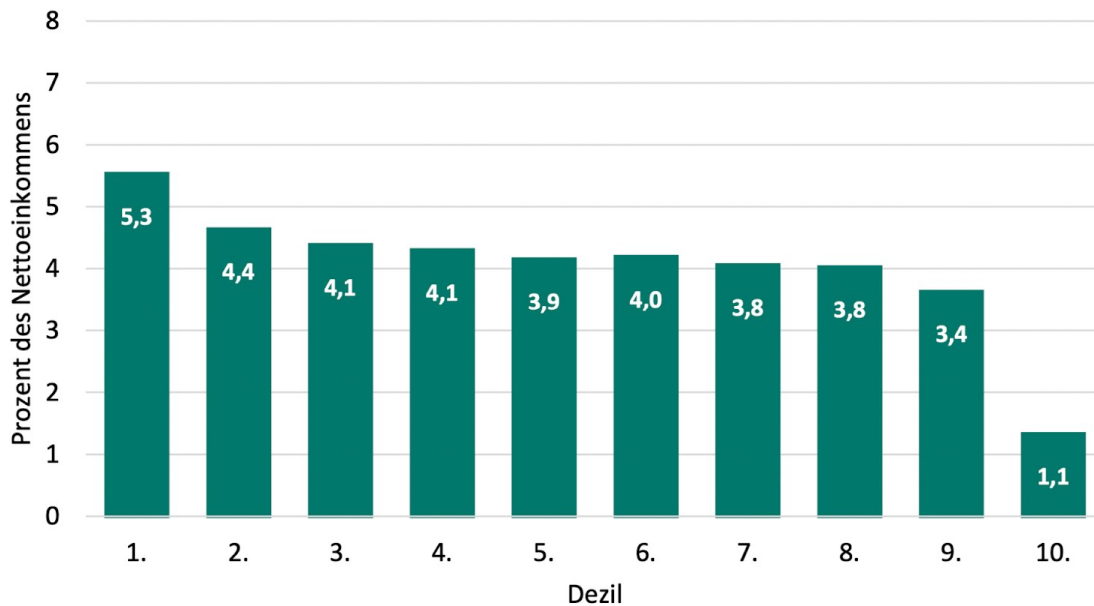
Quelle: IMK Policy Brief Nr. 138 – November 2022

<https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008458>

Gürer und Weichenrieder (2018) haben den Effekt von ungleichen Inflationsraten auf die Konsumungleichheit in 25 EU-Ländern zwischen 2001 und 2015 geschätzt. Ihnen zufolge kann die Berücksichtigung der Inflationsunterschiede den Gini Koeffizient für Konsumausgaben um bis zu 0,03 erhöhen, im Durchschnitt liegt der Effekt bei 0,015. (im Vergleich zur durchschnittlichen Änderung des Gini Koeffizienten für Konsumausgaben zwischen 2001 und 2015 von 0,02 ist dies also beträchtlich).

Das DIW (2022) hat im Juli 2022 prognostiziert, wie ungleich die Belastung verschiedener Einkommensgruppen durch die Inflation für das gesamte Jahr 2022 ausfallen könnte. In einem Szenario, das die Jahresinflation auf 7,1% schätzt, wäre die anteilige Belastung im einkommensschwächsten Dezil der Einkommensverteilung fast fünfmal so hoch wie im einkommensstärksten Dezil (siehe Abbildung 7). Dieser Unterschied in der Inflationsbelastung kommt unter anderem durch die unterschiedlichen Konsumneigungen verschiedener Einkommensgruppen zustande. Haushalte mit niedrigen Einkommen geben durchschnittlich einen größeren Anteil ihres Einkommens für Konsum aus. Damit sind sie auch stärker von Preissteigerungen bei Konsumgütern betroffen.

Abbildung 7: Belastung durch die Inflation im Jahr 2022 nach Einkommensdezilen auf Schätzung des DIW (Handrich, 2022)



Literaturverzeichnis

- Bulír, A. (2001).** *Income Inequality: Does Inflation Matter?*. IMF Staff Papers 48 (1): 139–159.
- Doepke, M., & Schneider, M. (2006).** *Inflation and the redistribution of nominal wealth*. Journal of Political Economy, 114(6), 1069-1097.
- Galli, R., and R. Hoenen. (2001).** *Is inflation Bad for Income Inequality? The Importance of the Initial Rate of Inflation*. ILO Employment Paper 29, ISBN: 92-2-112957-8.
- Gürer, E., & Weichenrieder, A. (2020).** *Pro-rich inflation in Europe: Implications for the measurement of inequality*. German Economic Review, 21(1), 107-138.
- Handrich, L. (2022).** *Belastung einkommensschwacher Haushalte durch die steigende Inflation*. DIW ECON. Abgerufen am 17. März 2023, von https://diw-econ.de/wp-content/uploads/KEx_Diakonie_DIWEcon_v4.0.pdf
- Laidler, D., & Parkin, M. (1975).** *Inflation: A Survey*. The Economic Journal, 85(340), 741. <https://doi.org/10.2307/2230624>
- Li, H., and H. Zou (2002).** *Inflation, Growth, and Income Distribution: A Cross-Country Study*. Annuals of Economics and Finance 3 (1): 85–101.
- Lübker M., T. Janssen (2022).** *Europäischer Tarifbericht des WSI – 2021-2022* [Report]. WSI. Abgerufen am 16. März 2023, von https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008372
- Thalassinos, E., E. Uğurlu, and Y. Muratoğlu (2012).** *Income Inequality and Inflation in the EU*. European Research Studies Journal XV (1): 127–140.